

**Symposium „Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ (Bonn, 21. September 2016)
zum 15-jährigen Bestehen der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen**

„Deutschland auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“

Rede von Dr. Heinrich Bottermann, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt

Seit einem Jahr befinden wir uns auf einem gemeinsamen Weg – auf dem Weg ins Jahr 2030. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr wurde auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen in New York die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ beschlossen. Die Mission lautet: „Transforming our world“. Unser Kompass auf diesem Weg sind die Sustainable Development Goals (SDGs): 17 Nachhaltigkeitsziele mit 169 Unterzielen. Sie dienen einer zukunftsfähigen Entwicklung der Menschheit innerhalb der Belastungsgrenzen des Planeten Erde. Erstmals werden damit Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung miteinander verknüpft.

Jetzt geht es darum, die SDGs vor Ort und in allen Ländern mit Leben zu füllen und in die Praxis umzusetzen. Die damit verbundene Frage ist: Wie und nach welchen Regeln wollen wir im Jahr 2030 leben?

Anknüpfungspunkte zur Umsetzung – und zur notwendigen Transformation – sind unsere nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen. Sie sind Ursache einer Reihe aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen.

Das Konzept der planetaren Leitplanken zeigt, wie groß der Einfluss des Menschen auf die Umwelt ist. Es identifiziert neun Prozesse und Systeme, die die Stabilität und Widerstandskraft des Erdsystems bestimmen. Hinsichtlich menschengemachter Umweltveränderungen gelten bei vier dieser neun globalen Prozesse die Belastungsgrenzen als bereits überschritten: bei Klimawandel, Biodiversität, Landnutzung und biogeochemischen Kreisläufen wie Stickstoff und Phosphor. Soweit die schlechte Nachricht.

Die gute lautet: Noch haben wir als Menschen es in der Hand, die aus dem Ruder gelaufenen Prozesse umzukehren und bei den anderen innerhalb der sicheren Leitplanken und damit innerhalb gesicherter Handlungsspielräume zu bleiben. Es geht dabei nicht um „eine Rolle rückwärts“, sondern es geht um Fortschritt, um Kreativität, Ideen und Innovationen. Wir brauchen technologische und soziale Weiterentwicklungen.

Und es geht darum, die biophysikalischen planetaren Grenzen mit sozio-ökonomischen Grenzen zu verbinden. Eine nachhaltige Entwicklung, also die gleichberechtigte Berücksichtigung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem, ist der Schlüssel, damit sich unsere Lebensbedingungen sanft ändern, nicht disruptiv. Die SDGs und das Konzept Planetarer Grenzen gehören also zusammen.

Die aktuellen Umweltprobleme dürfen dabei nicht losgelöst von anderen Problemlagen betrachtet werden. So führen etwa in Afrika Bodendegradation und Wasserknappheit zu arbeitsbedingter Migration. Die Folge sind Verlagerungen von Konfliktlagen in andere Regionen und Länder. Sie kennen die Nachrichten.

Das heißt: Wenn es uns gelingt, Lösungsansätze für Umweltprobleme zu finden, dann entziehen wir oft auch anderen Konfliktursachen den Nährboden. Herausforderungen von Umwelt und nachhaltiger Entwicklung gehören also ins Zentrum der Gesellschaft.

„Transforming our world“ heißt für uns zunächst einmal „Transforming Germany“. Denn trotz einer Nachhaltigkeitsstrategie seit dem Jahr 2002, die regelmäßig fortgeschrieben wird, ist ein „Weiter so!“ keine Option.

Wenn alle Menschen weltweit so leben würden wie wir hierzulande, dann bräuchten wir drei Planeten. Und bei allen planetaren Grenzen hat Deutschland Defizite. Ein Beispiel ist Stickstoff. Deutschlands Wert ist hier doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt. Gleichzeitig ist Deutschland ein „Stickstoff-Hotspot“, u. a. wegen der Intensivtierhaltung im Nordwesten. Durch regionales Handeln könnten wir ein globales Problem wirkungsvoll angehen – gemäß dem bekannten Motto: „Global denken, lokal handeln.“

Hier wie bei anderen umweltrelevanten Budgetierungsfragen – denken Sie etwa an den Diskurs zum Klimawandel und zu CO₂-Äquivalenten – kommen Fragen von Entwicklung, Gerechtigkeit und Fairness ins Spiel: Fragen einer nachhaltigen Entwicklung, die in der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden müssen.

Der notwendige Wandel muss also in und mit der Gesellschaft gestaltet werden – er darf und kann kein elitäres Vorhaben von Politikern, Diplomaten und Botschaftern sein! Der notwendige Wandel muss zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit allen Akteuren aus der Zivilgesellschaft gestaltet werden. Bildung und Kommunikation spielen eine wichtige Rolle, um auf Risiken für menschliche Entwicklung, aber auch auf Chancen für Innovationen hinzuweisen.

Klar ist: Umwelt- und Entwicklungspolitik sind dabei eng verschränkt mit Wirtschaftspolitik und eingebettet in Sozialpolitik. Denn Veränderung bedeutet dabei für viele auch Verunsicherung. „Niemand darf zurückgelassen werden“, fordert aber UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Lichte der Agenda 2030.

Wir müssen uns mit Blick auf dieses Ziel fragen: Was sind die Interessen, Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen? Insbesondere wenn es um Zielkonflikte geht, die das Miteinander, den Ausgleich und soziale Fragen betreffen? Auch bei uns klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Dies gefährdet den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In Fragen einer nachhaltigen Entwicklung schneiden wir im internationalen Vergleich zwar relativ gut ab. Aber in vielen Teilen der Welt sieht dies ganz anders aus. Erst vor kurzem bin ich von einer Reise aus China zurückgekehrt. Dabei ist mir wieder deutlich geworden: Die Werte einer Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien weiß man besonders zu schätzen, wenn man es auch einmal anders gesehen und erlebt hat.

In Sachen „Nachhaltige Entwicklung“ sind wir aber nicht die Musterfrauen und Mustermänner dieser Welt! Ich nenne Ihnen Beispiele:

So ist eine selbstkritische Reflexion zum Beispiel mit unserem Vorsorgeprinzip angezeigt. Gedacht war dieses Prinzip in erster Linie zur Abwendung gesundheitlicher Gefahren für Leib und Leben der Menschen. Doch mittlerweile werden unter Bezugnahme des Vorsorgeprinzips immer mehr Lebensmittel vor dem Verbrauch vernichtet, obwohl keine konkrete Gefahr gegeben ist. Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn in der Bevölkerung die Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln so gering ist und auch in Haushalten eher nachlässig damit umgegangen wird! Immerhin stammen 60 Prozent der jährlich rund elf Millionen Tonnen weggeworfener Lebensmittel aus Privathaushalten. Gleichzeitig leben in Deutschland noch immer rund 1,5 Millionen Menschen auch von der „Tafel“. Es gibt also Anlass zur kritischen Selbstreflexion!

Der achtsamere Umgang mit Ressourcen ist noch eine große Aufgabe. Beispiel Boden und Flächenverbrauch für Straßenbau, Siedlungen oder Rohstoffabbau: vom bisherigen Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung (30 ha pro Tag im Jahr 2020) sind wir meilenweit entfernt. Der Lackmusest erfolgt vor Ort, ganz konkret. Zum Beispiel jedes Mal, wenn eine Kommune vor der Frage der Neuausweisung eines Gewerbegebietes steht: Gewerbesteuern sind eine bedeutende kommunale Einnahmequelle. Die aber durch eine SDG-Brille mit Fragen des Boden- und Biotopschutzes abgewogen werden müsste! Das ist eine Frage der Haltung und Verantwortung. Und eine Chance für Politik, Wege zum Gegensteuern zu schaffen.

Die aufgeführten Beispiele zeigen für einzelne Bereiche die auf dem Weg bis 2030 vor uns liegenden Herausforderungen. Sie sind eng miteinander verknüpft. Das gilt es bei der Entwicklung von Lösungsstrategien zu berücksichtigen.

Dazu brauchen wir Orientierung. Die neue deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist ein guter Anfang. Sie wird ja zurzeit entlang der Sustainable Development Goals komplett überarbeitet – und richtigerweise im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern.

Zu nennen ist aber auch das kürzlich vom Umweltministerium vorgestellte „Integrierte Umweltprogramm“, das auf dem Konzept der Planetaren Grenzen basiert. Es fokussiert soziales Wohlergehen zusammen mit einer zukunftsfähigen Entwicklung in ökonomisch-technologischem Sinne. Ansätze wie diese beiden bieten eine Chance, Nachhaltigkeitspolitik positiv zu gestalten. Aber auch auf Ebene der Bundesländer wird in Sachen „Nachhaltige Entwicklung“ intensiv gearbeitet.

Lobenswert ist die Vorreiterrolle des hiesigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen: In seiner neuen, zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern entwickelten Nachhaltigkeitsstrategie hat es sich als erstes Bundesland auf die Umsetzung der SDGs verpflichtet.

Soweit die guten Absichten. Aber lassen wir ihnen auch Taten folgen, damit wir im Jahr 2030 sozial- und umweltverträglich leben? Beispiel CO₂-Ausstoß: Mit bundesweit rund neun Tonnen pro Kopf und Jahr ist er immer noch viel zu hoch. Das „Kohleland NRW“ kommt sogar auf 17 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf und Jahr. Wie glaubwürdig sind wir? Wie ernst meinen wir es mit der Umsetzung unserer internationalen Zusagen? Zu den SDGs? Und zum Pariser Klimaschutzabkommen?

Was ist also zu tun? Wie können wir auf unserem Weg zu mehr Nachhaltigkeit die Brücke schlagen zwischen Anspruch und Wirklichkeit? Welches Bindeglied gibt es?

Ein Bindeglied wäre der Preis, wie beispielsweise der Ölpreis zeigt. Aber durch ein künstlich geschaffenes Überangebot von Öl sind die Preise drastisch gesunken. Die Folge ist, dass die Anreize zum Ölsparen kaum noch gegeben sind und weniger umweltschädliche Alternativen es schwer haben. Der rein marktwirtschaftlich verursachte Preis drückt nicht die wahren Kosten aus. Wir brauchen also einen Mechanismus, der negative Umweltauswirkungen mit einem Preis versieht. Denn nur was etwas kostet, ist bekanntlich etwas wert. Dies gilt beispielsweise auch im Lebensmittelbereich, wo die Preise nicht die tatsächlichen Kosten der Ressourcenbelastung widerspiegeln.

Ich finde: Unsere Marktwirtschaft sollte sich wieder darauf besinnen, dass unser Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Erhard'schen Sinne auf einer sozialen Marktwirtschaft beruht. Angesichts der eben skizzierten Herausforderungen ist sie um eine ökologische Komponente auf eine öko-soziale Marktwirtschaft zu erweitern. Stichwort „Ökologische Steuerreform“: Die Preise müssen auch die ökologische Wahrheit widerspiegeln.

Ich bin überzeugt: Wir werden die notwendige Kehrtwende nur schaffen, wenn wir uns wieder stärker an wertebestimmenden Parametern orientieren. Es geht um Haltung und Ethik, um Verantwortung und Überzeugungen. Darauf hat auch Papst Franziskus im letzten Jahr in seiner Umwelt- und Sozialzyklika „Laudato Si“ hingewiesen. Atmosphäre und Ozeane seien Gemeineigentum. Franziskus fordert uns auf, die Konsequenzen etwa für Kohle-, Öl-, Gas-, Wasser- und Landnutzung politisch zu gestalten. Und er erinnert übrigens auch an die Gemeinwohlpflichtigkeit des Privateigentums. Er drängt die Menschen dieser Generation zur Verantwortung.

Verantwortung als Bindeglied zwischen dem Individuum und dem Gemeinwesen, zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen heute und morgen: Wenn unser Weg zu einer echten nachhaltigen Entwicklung bis zum Jahr 2030 erfolgreich sein soll, dann wird es ohne diese Verantwortung nicht gehen. Es gilt sie zu verinnerlichen und in konkretes Handeln zu überführen. Voraussetzung dafür ist eine breite gesellschaftliche Übereinkunft darüber, dass wir eine Verantwortung für das Leben auf diesem Planeten haben.

Ein wichtiger, aber in der breiten Öffentlichkeit meiner Ansicht nach leider noch nicht ausreichend beachteter Vordenker und Impulsgeber ist in diesem Zusammenhang der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Er berät die Bundesregierung und bildet einen wichtigen Brückenkopf fürs Thema „Nachhaltige Entwicklung“ in alle Bundesministerien. Ihm fallen wichtige Aufgaben zu: konkrete Handlungsfelder und Projekte zur Förderung nachhaltiger Entwicklung zu benennen. Und die öffentlichen Diskussion über Nachhaltigkeit zu stärken. Zum Bei-

spiel hat der Rat den sogenannten Deutschen Nachhaltigkeitskodex für die Wirtschaft entwickelt. Denn immer mehr Unternehmen sehen in einer nachhaltigen Wirtschaftsweise neue Chancen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Und denken Sie an die aktuelle Debatte, die der Rat zur Frage von Nachhaltigkeit als Verfassungsrang initiiert hat: Damit würde nachhaltige Entwicklung ein Staatsziel. Wäre nicht auch das ein angemessener Ansatz zur Umsetzung der SDGs in Deutschland? Mit Aktivitäten wie diesen ist der Rat für nachhaltige Entwicklung ein wichtiges Scharnier zwischen Politik und Gesellschaft, das Politik anschlussfähig an gesellschaftliche Diskurse macht – und umgekehrt.

Hier sind wir alle gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere private Stiftungen haben vielfältige Möglichkeiten, außerhalb der staatlichen Förderungen zu handeln. Dabei sollten sie aus meiner Sicht entlang eines Regelwerks aus vier „Ks“ arbeiten:

- „K“ wie „Kompetenz“, d. h. auf Basis fachlicher Erkenntnisse;
- „K“ wie „Konsistenz“, d. h. die Anforderungen an andere müssen auch für das eigene Handeln gelten;
- „K“ wie „Konsequenz“, d. h. skizzierten Herausforderungen sollten praktische Lösungsansätze folgen und
- „K“ wie „Kontinuität“, d. h. Entscheidungshorizonte sind jenseits tagesaktueller Amplituden angelegt.

Stiftungen wirken nicht nur mittels Geld: Sie wirken durch Inhalte, durch Schwerpunktsetzung, durch Handeln. Eben durch praktizierte Verantwortung. Sie arbeiten nicht im luftleeren Raum. Sie arbeiten an vielen Stellen mit staatlichen Organisationen zusammen. Aber ihr Vorteil: Sie können jenseits staatlicher Zwänge Probleme identifizieren und Wahrheiten aussprechen. Und an Lösungen arbeiten. Das bietet ihnen große Freiheiten. Stiftungen sollten sie nutzen! Um Neues auszuprobieren, um Experimente zu wagen. Scheitern erlaubt! Denn – wie sagt ein altes Sprichwort: Aus Fehlern lernt man. Und zur Bearbeitung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen sind viele neuartige Lernprozesse und praktische Beiträge gefragt.

Das ist jedenfalls unser Ansatz bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Zusammen mit unseren Partnern – vor allem der mittelständischen Wirtschaft – wollen wir mit unserer Förderarbeit anwendungsorientierte Lösungsansätze zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen entwickeln. Und wir versuchen, voranzugehen. So tätigen wir mit Blick auf unsere Vermögensanlage seit geraumer Zeit keine Investitionen mehr in Unternehmen, deren Geschäftsmodell zu einem erheblichen Teil auf Kohle basiert. Denn wir als Stiftung wollen verantwortlich handeln. Und wir möchten positive Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen.

Praktizierte Verantwortung: Das ist auch wichtiges Anliegen der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen. Seit Gründung haben Sie, Herr Neugebohrn, und Ihre Kolleginnen und Kollegen gezeigt, was Sie in NRW darunter verstehen. Ihr Credo: Um zukunftsfähig zu sein, müssen die eigenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen mit Fragen globaler Gerechtigkeit verknüpft werden. Und mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen in ein zukunftsfähiges Verhältnis zueinander gebracht werden. Bürgerschaftliches Engagement ist dafür unerlässlich.

Sehr geehrter Herr Neugebohrn, ich freue mich sehr, dass ich heute hier sprechen und Ihnen und Ihrem Team persönlich danken darf: für 15 Jahre wichtige und erfolgreiche Arbeit. Und dafür, dass Sie auch in finanziell stürmischen Zeiten die Stiftung im Sinne Ihrer Überzeugungen „auf Kurs“ gehalten haben. Ich gratuliere Ihnen! Und sozusagen „von Stiftung zu Stiftung“: Ich freue mich auf weitere erfolgreiche Jahre und Impulse der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen – und auf weitere Jahre der guten Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

„Deutschland auf dem Weg“ im Lichte der Agenda 2030: Stiftungen müssen dazu ein Stachel im Fleisch der Gesellschaft sein – unbequem, aber getrieben von praktizierter Verantwortung.